



kommen wird, ob Weigand in London beim englischen Generalkonsul auf militärischen Gebiete so weit vorgearbeiten hat, daß der „Politiker“ Barthou von seiner Engländerreise mit der Aussicht auf ein Bündnis heimkehren kann, das sich durch ein Bündnis mit Sowjetrußland — in getreuer Wiederholung der Vorkriegssituation — zu einem Verbot gegen Deutschland erweitern und verstofflichen ließe. Es hat sich in letzter Zeit mehrfach eine gewisse Gleichzeitigkeit in der politischen Haltung Englands, Italiens und Polens gegenüber Frankreich und Deutschland feststellen lassen. Dabei gibt England insofern den Ton an, als vom Nichtschluß auf Frankreich und die Kleinen Entente keine Distanz zu treiben kann, die grundsätzlich berechtigten Condens zumbehalten, und Polen, das sich von Frankreich und Rußland ebenso wie von Deutschland unabhängig bewegen will, achtet darauf, daß seine politische Linie nach Möglichkeit parallel mit derjenigen Englands und Italiens läuft. Nach England die Barthou'sche Politik mit, dann liegt es für Polen nahe, das gleiche zu tun. Sogt England nein, dann ist auch ein polnisches Nein zu erwarten. Verhält sich England wohlwollend neutral, dann ist es noch fraglich, ob Polen in der Lage sein wird, diesem Beispiel zu folgen. Von den drei Staaten England, Italien und Polen befindet sich letzteres zweifellos in der schwerigsten Lage. Denn England und Italien könnten sich zur Not aus einem Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich heraushalten. Bei Polen aber dürfte das kaum möglich erscheinen, da Rußland mit Frankreich im Bunde steht und auch die Staaten der Kleinen Entente im Ernstfalle wohl den französischen Wünschen nachkommen werden. Diese Situation macht die Angelegenheit des polen-französischen Militärvertrages nicht nur für Deutschland in einem außerordentlich wichtigen, sondern auch

für Polen selbst zu einem sehr heiklen Problem. Ein solcher Vertrag kann nicht — wie es der ermittelten Äußerung des Frankfurter Ausschusses noch scheinen konnte — ohne besondere Berücksichtigung Rußlands abgeschlossen werden. Man sollte im Gegenteil meinen, daß Rußland in einem solchen Vertrage heute — vom polnischen Standpunkt aus gesehen — in doppelter Hinsicht, nämlich als möglicher Bundesgenosse so wohl wie als möglicher Gegner in Betracht gezogen werden müßte. Daß in dieser Sache Frankreich für eine den polnischen Interessen gerecht werdende Formulierung zu haben ist, ist wenig wahrscheinlich. Wenn Polen sich mit einer solchen Rücksichtnahme im Verhältnis zu Rußland im Militärabkommen mit Frankreich absenden sollte, so würde das darauf hindeuten, daß es sich von der von Barthou so gefestigt gefördertem Anglistimmung gegen Deutschland hat hineinziehen lassen. Wenn das der Fall sein sollte, dann würden die Worte, die der Stellvertreter des Führers auf dem Königsberger Goutag an Frankreich gerichtet hat, auch an ihre Adressen gerichtet sein: „... Man soll es mögen uns anzusellen! Man soll es mögen in das neue Deutschland einzugreifen! Dann soll die Welt den Geist des neuen Deutschlands kennen lernen! Es würde kämpfer mit noch kaum je ein Volk um seine Freiheit gekämpft hat! Jedes Waldstück, jeder Fingel, jedes Gebirg, müßte durch Blut erobert werden! Alte und Junge würden sich einfallen in den Boden der Heimat. Mit einem Jotismus hintergelassen würden sie sich zur Wehr setzen! Und wenn selbst die überlegene moderner Waffen obliegt, der Weg durch das Reich würde ein Weg grauenhafter Opfer auch für den Eindringling sein, denn noch nie war ein Volk so erfüllt vom eigenen Recht und damit von der Pflicht, sich gegen Überfälle bis zum letzten zur Wehr setzen, wie heute das deutsche.“

## Zwischen Memel und Wilna.

Die Massentatellungen der deutsch-memellischen Beamten sind in vollem Gange. Das neue Direktorium Reissigs hat die sonstige Dienstenthebung der Beamten, die angeblich „staatsfeindlichen“ Organisationen angehört haben und deren Suspension das Direktorium Schreiber angeordnet hatte, beschloßen. Entlassen werden weiter insbesondere Antonschaber, die dem Vizeur aus irgendwelchen Gründen unbenachteiligt sind. Die Entlassungen erstrecken sich auch auf das erbliche Biropersonal der Behörden. Dieser Kündigung erfolgt angeblich, weil jedesmal Personal nach Ausschluß der betreffenden Beamten in die Behörde einberufen worden handelt es sich auch hier um eine Verbindung von Angehörten durch importiertes Menschenmaterial aus Großlitauen. Allein in der ersten Woche nach seiner Ernennung hat das Direktorium Reissigs im Memelgebiet nicht weniger als 150 Beamte entlassen. Der Hauptschlag wurde bisher gegen die Stadt Memel geführt. Der Oberbürgermeister der Stadt, Brindling, wurde abgesetzt und an seiner Stelle der Vizeur Simonaitis mit der Führung des Memel-Gebiets beauftragt.

Das Direktorium Reissigs beabsichtigt, nachdem es die deutschen Beamten zum größten Teil aus den autonomen Behördenstellen verdrängt hat, in ähnlicher Weise nun auch gegen die memellischen wirtschaftlichen und insbesondere landwirtschaftlichen Organisationen vorzugehen. Es sollen alle genossenschaftlichen und sonstigen landwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Verbände, wie z. B. die Herdbaugesellschaft, die Viehverwertungsgesellschaft usw., die in irgendeiner Weise mit Deutschland in wirtschaftlichen Beziehungen leben, aufgelöst und an ihrer Stelle „staatsfeindliche“ oder „Zweigerbände großlitauischer Organisationen“ errichtet werden.

Begründet werden die Entlassungen regelmäßig entweder damit, daß die Betroffenen die litauische Sprache nicht genügend beherrschen, oder damit, daß sie angeblich „staatsfeindlichen“ Organisationen angehört haben. Mit diesen „gefährlichen“ Verbänden sind die beiden längst verbotenen, auf nationalpolitischer Grundlage lebenden Parteien, die Christlich-sozialistische „Vereinsgemeinschaft“ und die Sozialistische „Volksgemeinschaft“, gemeint, sowie legale politische Gruppen des memellischen Parteistroms, deren „Staatsfeindlichkeit“ erst nach erfolgter Auflösung von den um eine Begründung verlegenen litauischen Organen „entdeckt“ worden ist. Was den Vorwurf mangelnder Sprachkenntnis betrifft, so heißt es im Art. 27 des Memelstatuts lediglich, daß Deutsch und Litauisch „zu gleichen Rechten als Amtssprachen im Memelgebiet anerkannt sind“. Daraus folgt angelehnt der Tatsache, daß die deutsche Sprache für allgemein verstanden wird, noch lange nicht, daß die memellischen Beamten verpflichtet wären, die litauische Sprache in Wort und Schrift zu beherrschen oder daß ein Beamter wegen Nichtbeherrschung der litauischen Sprache aus dem Amt entfernt werden dürfte. Das gilt insbesondere für die memellischen Richter. In einem Gebiet, in dem — wie im Memelgebiet — nach deutsch geschrieben und deutsch gedachten Gelehrbüchern Recht gesprochen wird, ist es unmöglich, in litauischer Sprache zu juridieren; einfach schon deshalb, weil diese Sprache in ihrer Struktur und in ihrem Wortschatz nicht genügend durchgebildet ist, um als Rechts- und Gerichtsbeurteilung dienen zu können. Ein litauisches Recht und eine litauische Rechtsauffassung gibt es noch nicht. Bei der Rechtsprechung im Memelgebiet muß fast in jedem Fall auf Gesetze und Verordnungen zurückgegriffen werden, die lediglich in deutscher Sprache vorliegen. Im

übrigen werden die Richter an den Gerichten des Memelgebietes nach Art. 23 des Statuts vom Landesdirektorium auf Lebenszeit ernannt; sie sind unabsetzbar und können nur auf Veranlassung der beim Konsul Obertribunal befehligenden Memelabteilung ihres Amtes enthoben werden. Diese Abteilung hat nach Art. 24 des Statuts zum größeren Teil aus Mitgliedern zu bestehen, die der Richterhaft des Memelgebietes entnommen sind. Ob dieses Erfordernis in der Zusammenfassung z. S. erfüllt ist, muß nun mindeten als sehr zweifelhaft erscheinen. Selbst wenn es der Fall wäre, dann wäre die Abteilung zum großen Teil aus memellischen Richtern aus dem Art. 24 zu entfernen, weil er die litauische Sprache nicht beherrscht ist, so daß wohl keinen Artikel des Memelstatuts, der von den litauischen Behörden gegenmäßig nicht täglich verlegt wird. Das Memellstatut scheint, wenn man sich die Politik des Gouverneurs Raokos ansieht, in der Tat nur dazu da zu sein, um von den Vizeuren nicht beachtet zu werden. Man kann wirklich gespannt sein, wie lange die Signatarmächte sich diese freche Verhöhnung ihres für den Schutz der memellischen Selbstverwaltung bestimmten Wertes durch einen großmemellischen gewordenen Bankrott nur noch gefallen lassen werden.

Die Reichsregierung hat sich in einer Note an die Signatarmächte gemeldet und sie darin an ihre Pflichten gegenüber dem Memelgebiete erinnert. Wenn Frankreich, England, Italien und Japan es mit ihrer Pflicht ernst nehmen würden, würden die Lage des Direktoriums Reissigs wohl bald geahnt sein. Man erinnert sich daran, daß derselbe Vizeur, der sich heute die Herrschaft über das deutsche Memelband anmaßt, schon einmal für kurze Zeit auf diesem Posten im Memelgebiet gewirkt hat, mehr als halbes Jahr. Das war im Jahre 1922; damals wurde ebenso wie jetzt der deutsche Landespräsident — es war Dr. Böttcher — abgesetzt und Reissigs wurde zu seinem Nachfolger ernannt. Seiner damaligen Herrscherrolle wurde durch die feste Haltung des Memelbeauftragten, deren Eindruck sich die Signatarmächte nicht entziehen konnten, ein solches Ende bereitet. Die Haltung des Memelbeauftragten ist heute dieselbe wie damals. Aber die Herrschaft der Signatarmächte, aus dieser eindeutigen Willenserklärung der Bevölkerung des Gebietes die gebotenen Selbstergebnisse zu ziehen, scheint heute geringer zu sein als vor zwei Jahren.

Wohin die Dinge in Memel treiben, das läßt eine Entscheidung erkennen, die am 4. Juli in einer Versammlung des „Allgemeinen Verbandes“ in Memel gefaßt worden ist; in diesem Verband sind die aus dem Osten zugewanderten großlitauischen Elemente zusammengeschlossen, die also mit dem Memelgebiet nur eine rein überflüssige Verbindung besitzen, die das deutsche Gebiet als eine Kolonie betrachten, an deren Wohlstand sie sich auf Kosten der alteingesessenen Bevölkerung zu bereichern gedenken. Zu der ermittelten Resolution wird nun zunächst „Seiner Exzellenz, dem Herrn Gouverneur Raokos“ für die Befestigung des Direktoriums Dr. Schreiber gedruckt, das — wie es da heißt — „nach Stellung von Organisationen eines fremden Staates geminkt und Terroristen, Gehehen und gegen den Staat eingestellten Elementen (I) Zutritt geben zu dürfen“. Dann wird gefordert, daß das Direktorium Reissigs „schnellstens und mit den stärksten Mitteln“ gegen die „antilithauischen Organisationen“ vorgehe, daß „aus allen autonomen und kommunalen Ämtern schnellstens alle Litauen und Litauen entfernt werden“, die sich an dem „staatsfeindlichen Wirken“ beteiligen und der „antilithauischen Organisationen“ angehört haben, die

die litauische Sprache nicht beherrschen u. s. f. Weiter wird verlangt, daß der schriftliche Verkehr zwischen den autonomen Gemeinden in litauischer Sprache geführt wird und daß dem „gewaltsam eingeführten Gebrauch“ (II) der deutschen Sprache Einhalt geboten wird. Dann wird verlangt, daß in den Schulen den Kindern litauischer Eltern der Unterricht in litauischer Sprache erteilt wird (auch allfälligerweise) und die Kinder der den memelländisch-litauischen Dialekt sprechenden Eltern aus gegen deren Willen jugendlos in rein litauische Schulen zu stecken. Schließlich wird in der Entschließung noch die Berringerung des memelländischen Beamtenapparates und insbesondere die „Bereinigung“ des Magistrates der Stadt Memel gefordert, der sich angeblich „offens und öffentlich illegal gegenüber dem litauischen Staatsgebiet“ haben soll. Vermerksenswert ist, daß diese von Angriffen auf das Memelbesatzungsgebiet Entschließung der landrechtlichen Elemente vom Gouverneur, dem die Versammlung eine Opposition darbrachten, feierlich entgegengenommen und mit einer Ansprache erwidert wurde, in der u. a. die fröhe Behauptung aufgestellt wurde, daß „das Memelgebiet der Mehrheit seiner Bewohner nach litauisch“ sei und verprochen wurde, daß das Statut entsprechend den Bedürfnissen dieser angeblichen litauischen Mehrheit durchgeführt werde. Der Gouverneur wird sich allerdings hüten, durch eine Wahl oder Volksabstimmung die Richtigkeit seiner dreifachen Behauptung über den nationalen Charakter des vom ihm terrorisierten Gebietes nachprüfen zu lassen. Dagegen wird er es ihm eher bereit sein, den ihm vorgetragenen Wünschen, bei denen es sich offenbar um dieselbe Arbeit handelt, nachzukommen.

\*

Es hat fast den Anschein, als hätte es die litauische Regierung darauf abgesehen, an der Grenze zwischen dem Memel- und dem Memelgebiet einen ähnlichen Zustand zu schaffen, wie er seit dem Bruch des Waffenstillstandes von Sumalki zwischen Litauen und Polen besteht, als wollte sie die Memelgrenze zu einem ähnlich trennenden Graben zwischen zwei Nachbarnationen machen, wie es z. B. noch an der Weimargrenze der Fall ist, bald aber wohl nicht mehr der Fall sein wird. Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen sind in Bezug auf das Memelgebiet anders als irgendwo anders, und die wirtschaftlichen Beziehungen haben, gleichfalls infolge der Memelpolitik Litauens, a nach und nach a. u. gleicher Zeit aber wegen der Schlagwunden an der polnisch-litauischen Grenze, die über ein Jahrzehnt geschlossen waren, langsam geöffnet. Schritt für Schritt hat die Warschauer Diplomatie die hartnäckigen Litauer in ihre Rede gefolgt. Drei, später drei polnische Journalisten, die für ihre Mitter nach Kauen gingen, haben die ersten Malchen dieses Regens, in dem sich die durch die Entmicklung in Deutschland kopflos amordene Regierungseluane Kauen verlangen sollte, akzeptiert, unter ihnen hat wohl der Korrespondent der offiziellen „Gazeta Polska“, der Jude Kotelchob, der vorher in Deutschland journalistischer Mitarbeiter des Dolbenbundes war, die erste Rolle gespielt. Heute liegt über den Graben, der die beiden Staaten trennt, schon eine ganze Anzahl Brücken geschlagen und man gibt sich in Kauen schon gar nicht mehr die Mühe, die Entlaste zu leugnen, daß die politischen Beziehungen mit Polen auf dem besten Wege sind, sich normal zu gestalten. Der schwerste Teil der Anbahnungsarbeit zwischen Warschau und Kauen scheint mit dem Besuche des Obersten Prokurator bereits überwunden. Jetzt ist man dabei, den gewonnenen Kontakt durch gegenseitige Besuche und allerlei Gefälligkeiten zu stärken. Man geht dabei vorwiegend zu Werke, da die litauischen Reise, für die die Heimlichkeit mit Polen ein politisches Glaubensbekenntnis bedeutet, nur langsam an einen solchen Umfang gewöhnen werden können. Man sucht ihre Aktivität in der Parole: „Klassierung des Memelgebietes“ in Anspruch und sieht sich insofern an, hinter ihrem Rücken die Weimfrage zu lösen. Es wird wohl noch eine geraume Zeit dauern, bis ein polnischer Gesandter in Kauen und ein litauischer Gesandter in Warschau akkreditiert wird. Aber mit dem Beginn offizieller Verhandlungen über die normale Herstellung der polnisch-litauischen Beziehungen ist vermutlich schon binnen Kurzem zu rechnen, — wenn nicht etwa wieder Rußland mit seiner bolschewistischen Politik irgendwelchen Einhalt bringt.

Aus den Meldungen und Gerüchten über den allmählichen Ausbau der polnisch-litauischen Beziehungen, die von der Presse verbreitet werden, seien einige als besonders beachtenswert für die neue Entschickung erwähnt: Eine Kommission des litauischen Verkehrsministeriums hat kürzlich die seit 15 Jahren brachliegende Eisenbahnlinie Kauen—Wilna befristet. Diese Befristung soll

der Vorbereitung der angeblich geplanten Wiederherstellung der z. B. zerstörten Eisenbahntrecke gedient haben. Die Meldung hierüber wird mit einer anderen Nachricht in Verbindung gebracht, der zufolge Litauen die Absicht haben soll, nach der Schließung der deutschen Grenze für den litauischen Eisenbahnverkehr, seine Durchfuhr z. B. nach der Etscherei in Zukunft über Polen zu leisten. Eine weitere Meldung besagt, daß der direkte Eisenbahnverkehr zwischen Polen und Litauen bald aufgenommen werden würde. Dieser Meldung wurde zwar in Kauen indirekt widersprochen, doch sieht es sell, daß in Kauen der erste Transport polnischer Waren bereits eingetroffen ist. Es sollen ein Waggon landwirtschaftlicher Maschinen, zwei Gallenern Erdölzerugsstoffe und ein halber Waggon Manufaktur- und Galanteriewaren sein, die Kauerer Kaufleute in Polen durch besondere Vermittler bestellt hatten.

Mitte Juli wird, einer anderen Meldung zufolge, eine aus litauischen Professorenvertrauten und Politikern bestehende Abordnung in Warschau eintreffen. Und umgekehrt soll in der zweiten Julihälfte eine Gruppe hervorragender polnischer Politiker und Wirtschaftler unter Führung des ehemaligen Außenministers Jaleski und im August eine zweite Gruppe unter Führung des Obersten Prokurator nach Litauen kommen, um die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Landes zu studieren. Ein anderer Gerücht will davon wissen, daß geplant ist, die bisherzeitigen Amtsrufen zunächst durch ein litauisches Konsulat in Warschau und ein polnisches in Kauen wahrnehmen zu lassen.

In Warschau ist man, was Litauen betrifft, optimistisch. So schrieb die offizielle „Gazeta Polska“: Die neue litauische Regierung sei zwar dem Staatspräsidenten Smetona ergeben, aber mit der Regierungspartei nicht so eng wie die bisherige Regierung verknüpft; sie kann sich daher schneller zu Schritten entschließen, die eine Änderung der Innenpolitik Litauens und eine Klärung der Beziehungen der litauischen Außenpolitik herbeiführen würden. „Der Prof. Herbertowski führte in Warschau kürzlich in einem Vortrag u. a. aus: Litauen lie gegenwärtig zwar noch das Symbol einer stets veränderlichen Orientierung. Es hängen aber Ereignisse bevor, die Litauen zwingen würden, eine klare Entscheidung über seine außenpolitische Orientierung zu treffen. Es bleibe ihm nur die Wahl zwischen Deutschland und Polen. Die erste Möglichkeit, meinte der Redner, müße der Fall sein, daß Konsulissen hingehenden Bevölkerungen Litauens Bedürfnisse wegen des deutschen Protektionismus ausfüllen. Der zweiten Möglichkeit lebe noch der Traum von Wilna im Wege; Litauen habe aus der Weimfrage ein Symbol der „gerauten Gebiete“ gemacht und dieses tief in die Seelen ihrer Jugend geimpft. Aber die Jugend werde sich einst von der Unrealität ihres Wilnatraums überzeugen. Wird sie das wirklich? Wird sie vergessen, was für ein dem Beginn des nationalen Erwachens ihre Begeisterung entflammt worden ist?

\*

### Eine litauische Handelshochschule in Memel.

Nach einer Meldung der litauischen Telegraphenagentur wird am 1. November d. J. in Memel eine litauische Handelshochschule eröffnet werden. Sie soll mit den Rechten einer staatlichen Hochschule ausgerüstet werden; die Absolventen sollen den Titel eines Diplombekanntnisses erhalten. Das Studium dauert drei Jahre. Folgende Fächer werden vertreten sein: Wirtschaftskunde, Privatwirtschaftslehre (Buchhaltung, Stenographie, Daktilographie, Handelskorrespondenz, kaufmännisches Rechnen, Betriebswirtschaftslehre, Schiffs- und Hafensysteme usw.), Rechtslehre im Zusammenhang mit Handelswissenschaften, einige Fächer der allgemeinen Bildung, Verbesserungen, fremde Sprachen (vor allem Deutsch und Englisch). Das Institut wird lufwusenweise aufgebaut werden. Am ersten Unterrichtsjahr wird nur der erste Kursus laufen. Der Unterricht wird am Tage erteilt, und so ist das Studium mit keinerlei Dienstverhältnis vereinbar. Beim Übergang von einem Anusum zum anderen sind besondere Examen abzugeben. Begabte, aber unbemittelte Studenten sollen von der Zahlung der Studiengebühr befreit und es soll verlangt werden, einige Studenten mit Stipendien zu versehen. Der Unterricht wird in den Räumen des nachfolgenden „Sytanus-Gymnasiums“ stattfinden. — Von der Hochschule werden neben den regulären Kursen auch — ebenfalls Handelskurse veranstaltet werden, um den jetzt schon in Wirtschaftsbetrieben Aufzuehenden die Möglichkeit zu geben, ihre Kenntnisse zu erweitern. Zu diesen Abendkursen werden solche Personen zugelassen, die eine abgeschlossene Mittelschulbildung haben.

# Wirtschaft in den Grenzen der Deutschen Osten

## Die polnische Presse zum 30. Juni.

Die letzten Ereignisse in Deutschland haben geriet, mit welcher Beschäftigungslustigkeit oder auch Wohlwillingkeit weite Kreise des Auslandes — soweit sich dessen Meinung in der Presse spiegelt — der nationalsozialistischen Entwicklung auch heute noch gegenübersehen. „Augenzeugberichte“ von Leuten, die in den Tagen des Röhm-Schleicher-Putsch und der anschließenden Säuberungsaktion nicht aus ihrem Reaktionshuben herausgekommen sind, füllten einen großen Teil der ausländischen Presse — die polnische nicht ausgenommen. Was sich in letzter Zeit in Polen eine Reihe von Blättern dem Nationalsozialismus und dem Führer gegenüber an Geselligkeit und Wärme in der Beurteilung herausgenommen haben, untersteht sich in keiner Weise von dem, was sich diese selben Blätter J. S. bei der Machtübernahme durch die NSDAP an Eigen und Verleumdungen geleistet hatten. Die polnische Regierun- gspresse hat sich zwar im allgemeinen ruhig und zurückhaltend in ihrem Urteil über die deutschen Ereignisse geäußert. Sie hat die aus deutlicher Quelle stammenden Meldungen mitgeteilt und sich im großen ganzen mit der Stellung begnügt, daß der Führer durch die rasche Niederschlagung der Rebellen und der Reaktion nicht nur seine politische Machtstellung gefestigt, sondern auch seine Stellung bei den Völkern des deutschen Volkes vermindert hat. Aber auch in diesem Teil der polnischen Presse ließen manche Blätter gelegentlich ihre Phantasie die Fägel schwingen und konnten es nicht unterlassen, (wie z. B. der „konferatowa“, „Czas“), in „moralischer Entrüstung“ zu mahnen und verstockte Spitzen gegen Deutschland anzubringen. Den Blättern, die auf den offiziellen Kurs der polnischen Regierung weniger fest eingehalten sind oder zu ihr in offener Opposition stehen, hat es an jeder Selbstbeherrschung und jedem Anstand gefehlt.

Ein besonders rüber Kontrast — von der Vinkstelle natürlich ganz zu schweigen — z. B. in der Kattowitzer „Polonia“ angebracht, die sich am 3. Juli in einem mehrseitigen Vorkatitel in den gemeinteten Beschimpfungen Deutschlands ergeht. In diesem Artikel wird Deutschland u. a. als eine „riesige linkende Kloake“ bezeichnet, von der sich „jeder Kulturmann“ mit „Abstoßen und Empörung“ abwenden müsse und gegen deren Giftstoffe die „Kulturvölker“ ihre Vorkehrungen treffen müßten. Die Behauptungen dieses „kräftigen“ Blattes machen weder vor den Taten der Bewegung noch vor dem Verhalten des Führers zurück zu lassen, man bietet nur vor, denken, daß das Blatt, das solchen Schmutz verbreitet, das Organ des moralisch und politisch bereits gerichteten Rebellenhäuptlings Korzybski ist und daß sich dieser, der geistige Urheber dieser hübscherfüllen Gese gegen Deutschland, vor dem Zugriff seiner eigenen Regierung in der Emigrationslokale in Sicherheit gebracht hat. Um so unerschütterlicher aber ist es, wenn diese Regierung es wagt, daß berartige Artikel, die jeder Deutsche als eine persönliche Beleidigung empfinden muß, ungeprüft erscheinen dürfen. Auch die „konferatowa“ wagt es, die polnische Presse nennt an dem neuen Eintreten gegen Deutschland teil. Sie tut es —

im Gegensatz zu den verübten Blättern — „von einer höheren Warte aus“. Sie geht mit der „philosophischen Überlegenheit“, die hier von Roman Dmowski unzeitigender Gedankenkraft zerbrennen Schreier an den Tag zu legen pflegen, an eine Vergleichen und Ausbeutung der deutschen Ereignisse heran. Und sie beweist dabei nur, daß sie in ihrer dogmatischen „Abgeliktheit“ noch weit davon entfernt ist, Sinn und Wesen des Nationalsozialismus zu begreifen. Sie ist von der Tatsache, daß eine kleine Clique den Versuch unternommen hat, die „Macht Stillers“ zu untergraben, äußerst befriedigt; und man merkt es ihr, auch daß sie von dem raschen Erfolg der Säuberungsaktion ein wenig entsetzt ist. Dieser Irrtum in der Politik macht sie aber nicht leicht geneigt. Die „Pflanzbeziehung“, die sie von der „Kultur Dmowski“, habe „zu harte Wurzeln im Seelenleben des deutschen Volkes“ geist, daß es unumkehrlich bei der sie durch eine andere Richtung erlöst werden könnte. Aber die Ereignisse in Deutschland seien für Polen insofern günstig, „als die Energie der Herrscher des Dritten Reiches durch die Vorgänge im Innern in Anspruch genommen werde und diese daher eine Zeitlang keine aggressive auswärtige Politik betreiben können“. Diese Hoffnung, daß der Gang der deutschen Außenpolitik durch innerpolitische Dinge gehemmt und gelöst werden könnte, klingt aus den Äußerungen fast aller polnischen Blätter heraus; und diese Blätter sind fast ausnahmslos bemüht, den Eindruck, daß Deutschlands außenpolitische Bedeutung und Aktivität unter dem Röhm-Schleicher-Putsch und dessen Auswirkungen zu leiden habe, durch eine mehr oder weniger phantastische Ausgestaltung der Berichte über Deutschland zu verstärken.

Die Deutschland ergibt sich aus dieser Einstellung der polnischen Presse wenig anderes — auch der Presse anderer Länder — die Notwendigkeit, fest zu bedingungslos sein denn je hinter die Maschinerie zu stehen, wüßterner und entschlossener denn je den Miasmahnen und politischen Stappenhelben entgegenzutreten, arbeitsamer und entschlossener denn je am Aufbau des Reiches zu schaffen. Die traurige Selbstaufgabe zum Führer und die persönliche Einlabereitschaft jedes einzelnen haben Deutschland bisher ein gutes Stück auf seinem Wege zu Frieden und Gleichberechtigung vorwärts gebracht haben und die Außenpolitik des Kanzlers ermöglicht, schon mehr als einmal den Ring zu sprengen und in Deutschland einzuwickeln, zu sprengen, haben das Reich wieder zu einem der härtesten Faktoren im großen Spiel der Mächte gemacht. Das, was bisher schon erreicht worden ist, darf durch den Dilettantismus von Reaktionsären und Abenteuerern, die sich für ihre Aktionen den Segen der Feinde der deutschen Freiheit einholen, nicht wieder auf Spiel gesetzt werden. In Deutschland darf nur ein Wille gelten, der Wille des Führers. Die polnische Presse hat Gelegenheit haben, sich davon zu überzeugen, daß es tatsächlich so ist.

## Die rechtliche Lage der evangelischen Kirchen in Polen.

Mit der Lage der evangelischen Kirchen in Polen und dem Entwurf eines Kirchengesetzes, dessen Urheber der Warschauer Generalluperintendent Dr. Burckle ist, beschäftigt sich vor kurzem die schweidische lutherische Kirchenzeitung „Sonnen Morgenblatt“. Das Blatt schreibt u. a.: Die evangelischen Gemeinden in Polen befinden sich seit langem in einer schwierigen Lage. Die evangelischen Kirchen der übrigen Länder beginnen sich mehr und mehr für die Stellung der Schwesterkirche in der jungen Republik zu interessieren. Die schwere Lage der evangelischen Kirchen in Polen ist im besonderen in Zusammenhang mit den Diskussionen über den neuen Vorschlag eines Kirchengesetzes für die Kirche Augsburgischer Konfession mit dem Konfessionsrat in Warschau zu setzen, welche dieses Kirchengesetz nunmehr er auch einen kräftigen Rein begegnet. Man muß sich erinnern, daß die römisch-katholische Kirche mit ihren 64. v. H. der Gesamtbevölkerung (23 Millionen Mitglieder) eine unumstrittene Vorherrschung im Lande einnimmt. Es war deshalb selbstverständlich, daß bei der Selbständigkeitsklärung Polens die Verhandlungen zwischen dem polnischen Staat und der römischen Kirche frühzeitig aufgenommen wurden. Diese Verhandlungen, die vom jetzigen Papst durch den päpstlichen Nuntius in Warschau geführt wurden, erzielten im Oktober 1923 einen für die katholische Kirche vorteilhaften, rechtlich geschätzten Stellung.

Ganz anders ist die Stellung der evangelischen Kirchen in Polen. Es sind Diasporakirchen, die nur 1 Million Mitglieder zählen, die im ganzen Lande zerstreut sind. Neben dem römisch-katholischen, dem griechisch-katholischen und dem molossischen Bekenntnis umfassen sie nur einen geringen Teil der Bevölkerung. Unter Neuen verhältnissen ist eine klare und beschleunigte Neuordnung notwendig. Nach der polnischen Staatsverfassung waren die evangelischen Kirchen gleichberechtigt mit der katholischen Kirche. In Wirklichkeit jedoch ist es zu keiner Abmachung zwischen dem Staat und diesen Kirchen gekommen. Natürlich bemühte sich die evangelische Kirche seit Anbeginn um diese Abmachung. Sie legte

der Regierung einen Entwurf für ein evangelisches Kirchengesetz vor. Auch der Staat gab seinem Wunsch nach einer Regelung Ausdruck. Bis jetzt hat das jedoch ohne Ergebnis; das bedeutet, daß die evangelischen Kirchen in Polen eine rechtlich gestrichelte Stellung zu behaupten. Die fünfzigjährigen Bemühungen waren fruchtlos geblieben.

Das schweidische Blatt kommt dann auf den Selbstentwurf Burckles zu sprechen, der sofort nach Bekanntwerden in den evangelischen Gemeinden auf stärksten Widerstand stieß; es schreibt u. a.: Der Entwurf entbehrt bereits des Stempels eines kirchlichen Übereinkommens. Rein Wort berührt das kirchliche Wesen. Auffallend stark werden die Befugnisse staatlicher Organe betont, so daß die Grenzen der staatlichen Kontrolle auf ein Minimum beschränkt werden. Die kirchlichen Behörden des Konfessionsrats werden das Wahlprogramm laut den Beratungen und Entschlüsse über die kirchliche Organisation und Wirkfamkeit den staatlichen Behörden aufzulegen. Das kirchliche Vermögen ist unter Regierungsaufsicht gestellt, so daß ohne Zustimmung des Wojewoden weder Verkäufe noch Veränderungen unternommen werden können. Das Programm der kirchlichen Synode muß einem Monat vorher dem Minister vorgelegt werden und kann erst nach einer Beratung mit der Bevölkerung stattfinden. Er kann keine Vertreter auf der Versammlung des Konfessionsrats entsenden, falls das Wort zu erlangen ist. Wenn ein Beschluß, Geistlicher Abtätigung zu einer bestimmten Gemeinde angeht, so muß zuvor des Einverständnis des Wojewoden eingeholt werden, damit keine Einwendungen politischer Art vorkommen. Verweigert der Wojewode seine Zustimmung, kann man sich an das Ministerium wenden, in dessen Händen die endgültige Entscheidung liegt. Besonders ist der Paragraph 18 der Statuten unklar. Er stellt fest: Wenn ein kirchlicher Vertrauensmann in den Verdacht kommt, eine für den Staat schädliche Veranlassung zu sein, so hat der Minister die Mitteilung des Ministers darüber an die höchsten Kirchenleiter, damit das Konfessionsrat seine Änderungen treffen kann. Salls im Laufe von 21 Tagen kein Übereinkommen zwischen dem Ministerium und dem Vertriebenen des Konfessionsrats getroffen wird, so wird das



Die Tagung ist, wie gesagt, als „Rundgebung der Verbundenheit der polnischen Auswanderer mit dem Mutterlande gedacht“. Am dies Verbundenheit auch nach außen hin zu zeigen, findet während der Tagung eine Ausstellung unter der Föhlung „Polen und die Polen in der Welt“ statt. Der Leiter der Ausstellung ist Henryk Drozdowski. Sie soll vier Abteilungen umfassen und zwar 1. die polnische Kultur und Zivilisation in ihrer Wirkung aufs Ausland; 2. Polen als Faktor des wirtschaftlichen Zusammenlebens der Völker; 3. Leben, Arbeit und Ertragsleistungen der Auslandspolen und 4. die Heimat bei der Arbeit für das Auslandspolenland. Jede dieser Abteilungen, heißt es in der „Gazeta Polska“ u. a. weiter, wird in Gruppen und Unterabteilungen eingeteilt werden. In der ersten Abteilung befindet sich u. a. eine Gruppe unter dem Titel „Der polnische Soldat im Kampfe um die Unabhängigkeit“. Die bedeutendste Gruppe in der ersten Abteilung dürfte zweifellos „Polen als Großmacht“ sein. Diese Gruppe soll den aus dem Auslande kommenden Polen ein Bild von der politischen Macht des Staates geben.

### Das erste Konzentrationslager.

Die Oppositionspresse gibt die Zahl der bisher in das Konzentrationslager Bereza Kartuska eingewiesenen Personen mit rund 550 an. Einer der ersten Interniertenzentren, der von Pinski kam, bestand aus 20 Personen. Davon gehören 16 der national-radikalen Bewegung an, gegen die sich der Hauptschlag der Regierung richtet. Drei weitere sind Ukrainer, ferner ist auch ein Kommunist dabei. Auch aus anderen Städten, so aus Krakau, Lemberg, Lompa usw. sind politische Flüchtlinge nach Bereza Kartuska abgegangen. Die Mehrzahl der im Lager bisher untergebrachten Gefangenen sind Ukrainer. Die Unterbringung im Konzentrationslager erfolgt zunächst auf drei Monate. Die Frist kann jedoch entweder verkürzt oder auf sechs Monate verlängert werden. Der Verpflegungszustand ist bereits nur kurzem ernannt worden. Es ist der bisherige stellvertretende Polizeichef der Wojewodschaft Polen, Grefner. Das Konzentrationslager von Bereza Kartuska liegt in der Sumpfgegend von Pinski, so daß Fluchtversuche von vornherein ziemlich ausgeschlossen sind. Die Lagerordnung ist sehr streng. Die Gefangenen werden zu Zwangsarbeiten herangezogen werden. Bezeichnend ist, daß das erste polnische Konzentrationslager in der Wojewodschaft Polesien errichtet wurde, die von Oberst Rokosski Biernacki verwaltet wird. Dieser war im Herbst 1930 Kommandant des Profesors Lehens, in der im Auftrage von Marzdalki Pilschke unmittelbar vor dem Sejmgebäude des Jahres 1930 die Führer der Opposition interniert waren.

### Der Ministerrott.

Die offizielle „Gazeta Polska“ veröffentlichte eine Unterredung mit dem Justizminister Michalowski über den Stand der bisherigen Unterfuchung des gegen Annesminister Pieracki verübten Attentats. Demnach soll festgestellt werden sein, daß das Attentat durch die sogenannte Ukrainische Militärorganisation organisiert und ausgeführt worden war. Unter anderem habe die Unterfuchung der vom Attentäter zurückgelassenen Bombe zur Feststellung geführt, daß sie in dem geheimen Laboratorium dieser Organisation, das in der Nacht zum 14. Juni in Krakau entzündet wurde, hergestellt worden war. In den Händen der polnischen Behörden befindet sich zur Zeit drei Mitglieder der genannten Organisation, von denen zwei an den Vorbereitungen zum Attentat, der dritte an der Durchführung beteiligt gewesen sein. Unter ihnen befindet sich auch der ukrainische Geheime Feldkommandant. Der Minister hob hierbei mit besonderem Nachdruck „die hervorragende loyale und geschickte Hilfe der deutschen Behörden bei der Verfolgung und Festnahme des Attentäters“ hervor. Der Mörder selbst befindet sich nach Meinung des Justizministers in Russland; es werde nichts unternommen, seiner habhaft zu werden. Allerdings bestände augenblicklich nur wenig Hoffnung auf Erfolg.

### Internationaler Geographenkongress in Warschau.

Ende August findet in Warschau der Internationale Geographenkongress statt. Etwa 700 Gelehrte aus 38 Staaten, darunter auch aus Deutschland, werden erwartet. Der Warschauer Kongress ist der vierte Kongress nach dem Kriege. Die vorhergehenden fanden statt in Kairo, London und Paris. Die Kongresse werden einander durch die Internationale Geographen-Union, zu der Vertreter von über 20 Staaten gehören.

### 9000 Judenbräute reifen nach Palästina.

Wie die jüdischen Blätter berichten, hat der Palästina-Ausschuh in Warschau die Mitteilung erhalten, daß die Regierung von Palästina den aus Polen kommenden Juden die Erlaubnis erteilt hat, ihre Bräute aus Polen nachkommen zu lassen. Bisher folgten 9000 Juden um die Einreisegenehmigung für ihre Bräute nachgesucht haben. Der erste Transport mit mehreren Hundert jüdischen Mädchen soll bereits in allerhöchster Zeit abgehen.

### Marie Curie †

Frau Marie Curie, die Wissenschaftlerin und Radiumforscherin, ist am 4. Juli gestorben. Sie wurde am 7. November 1867 zu Warschau als Kind des Lehrers Siedomsky geboren. Unter größten

Schwierigkeiten mußte sie sich ihre Bildung selbst aneignen und war schon in jungen Jahren darauf angewiesen, sich ihr Brot zu verdienen. Wogeu ihrer Erziehung am politischen Leben kam in die Schale, vorbestimmt zu werden; sie floh aus Rußland nach Paris. Sie habierte trotz bitterer wirtschaftlicher Not Naturwissenschaften, vor allem Chemie. Nach langem vergeblichem Bemühen fand sie in einem Laboratorium Gelegenheit zur praktischen Betätigung. Dort lernte sie den Studenten Pierre Curie kennen. Als dieser Professor an der Warscher Universität und Marie Siedomka Dozentin der Physik in Sorbess geworden war, konnten die beiden heiraten. Das Jahr 1898 brachte ihnen den großen Erfolg die Entdeckung des Radiums und des Poloniums. Frau Curie hat über den beiderseitigen Anteil an dieser Entdeckung gestritten. Wir haben alles gemeinsam gefunden, und es müßte schwer sein, die Arbeit des einen von der des anderen zu trennen.“ Pierre Curie betonte, daß seine Frau ihn auf dieses Gebiet überhaupt erst hingelenkt habe. 1903 wurde das Ehepaar mit dem Nobelpreis für Physik ausgezeichnet. Noch dem plötzlichen Tode ihres Gatten, der 1906 einem Autounfall zum Opfer fiel, wurde Frau Curie in der Professur Radiumforscherin ihres Gatten und setzte die Forschungen auf dem Gebiet der radioaktiven Materie allein fort und erhielt auch einmal den Nobelpreis. Sie ist damit der einzige Forscher, der zweimal mit dieser höchsten wissenschaftlichen Auszeichnung gekrönt wurde.

### Wertvolle polnische Bibliothek in Oxford entdeckt.

Der zur Zeit zu Studienreisen in England weilende polnische Professor Stanislaus Kot hat in Oxford eine überaus wertvolle Sammlung polnischer Bücher aus dem XVI. bis zum XIX. Jahrhundert entdeckt. In dieser Sammlung sind viele Werke enthalten, die in keiner anderen Bibliothek vorhanden sind. Es wurde festgestellt, daß diese Bücherammlung im Jahre 1850 von der Oxford-Bibliothek von dem feineren gelehrten polnischen Gelehrten Josef Dymala erworben worden ist. Die Sammlung galt in polnischen Gelehrtenkreisen als verschollen.

### Rohle gegen Autos.

Am 2. Juli wurden zwischen Vertretern der polnischen Kohlenindustrie und der italienischen Eisenbahn zwei Verträge abgeschlossen. Sie beziehen sich auf die Belieferung der italienischen Eisenbahn mit polnischer Rohle im Werte von 13 Mill. Euro und gelten bis zum 1. Januar 1936. Die Rohlelieferungen erfolgen im Austausch gegen Autos und Autobestandteile der Firma „Iat“.

### Ein Deutscher überfallen.

In Eichenau (Ostböhmen) wurde am 1. Juli der Deutsche Franz Czochrych aus Birkenhof von mehreren Männern ohne Grund angefallen und ohne Erbarmen mit einem Revolver erschossen. Czochrych hatte sich mit einem Bekannten eben in deutscher Sprache, als er plötzlich von hinten einen heftigen Stoß erhielt. Als er sich umdrehte, bemerkte er hinter sich mehrere Männer, die offensichtlich nicht ganz nüchtern waren. Wie er sich nun gegen die Anrempel verwehrte, drangen die anderen auf ihn ein. Staroflyk, der gegen die Übermacht mehrmals ran, flüchtete, wurde aber von den Männern eingeholt, die ihn zu Boden warfen, schlugen und mit Sägen trafen. Zum Glück hatten den Czochrych seine Staroflyk bemerkt, die diesem zu Hilfe kamen. Ein Überfall auf seine Wohnung wurde durch das Einschreiten der Polizei verhindert. Staroflyk mußte ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen. Es wurden bei ihm erhebliche Verletzungen am Kopfe und am ganzen Körper festgestellt. Die Polizei nahm ein Protokoll des Vorfalls auf.

### Die Durchführung des Hermann-Göring-Planes.

Am 6. Juli wurde dem Führer von den Leitern der beteiligten Stellen über das bisherige Ergebnis des Hermann-Göring-Planes, dessen Ziel es ist, die Millionenarbeit Berlin unter Mitwirkung von nationalitätlich verschiedenen Arbeitskräften in 30 Arbeitsstätten zu entfalten, Bericht erstattet.

Demnach haben bis Ende Juni 15 000 Jugendlichen sich freiwillig als Vandellbeiter gemeldet und Berlin verlassen. Manche Arbeitsstelle wurde hierdurch für Familienarbeiter freigeräumt. Im Monat Juli werden weitere 3 000 Jugendliche für die Vandellhilfe vermittelt werden. Im Monat Juli und August werden 40 000 erwerbsfähige Jugendliche ärztlich untersucht, um die Eignung für die Vandellarbeit festzustellen. Erziehungsmäßig sind etwa 30 000 Jugendlichen für die Vandellarbeit aus gesellschaftlichen Gründen nicht vermerktbar. Hundert Wirkstätten in Berlin können bereits heute keine Jugendlichen mehr für die Vandellhilfe vermitteln, da die verwendbaren Arbeitskräfte schon jetzt relllos auf dem Land untergebracht sind.

In den letzten Wochen konnten für den Reichsautobahnbau Berlin-Stettin 2600 Erwerbslose — hauptsächlich Familienarbeiter — wieder in Lohn und Brot gebracht werden. Mit dem Fortschreiten des Bauarbeiten werden die Bau bis zu 3000 Erwerbslose Beschäftigten finden. Durch weitere Arbeitsarbeiten bei den verschiedenen Sommerwerkstätten der Stadt werden in den nächsten Wochen weitere 4500 Erwerbslose, und zwar nur Familienarbeiter mit mehreren Kindern beschäftigt. Bei Fortschreiten der Arbeiten in der Provinz fanden etwa 1000, meist ältere Berliner Volksgenossen Arbeit und Brot; diese Jüd wird schon in der kommenden Woche erheblich erhöht werden.

Zwei Arbeitsdiensthäuser in Berlin-Heigenlohe und Wilhelmshagen mit 400 Volksgenossen werden in kürzester Zeit unter Mitnahme der dort beschäftigten Berliner in die Provinz überführt, um dafür innerhalb der Stadt Arbeitsplätze für Familienarbeit freizumachen. An Heigenlohe soll auch der Versuch unternommen werden, 100 Pflichtarbeiter — arbeitsfähige Menschen — bei täglich fünfendeliger Arbeitszeit anzuheben. Der Sonnabend soll für die arbeitsfrei bleiben.

4382 Pflanzlinge werden außerdem im Arbeitsdienst Gau IX (Brandenburg) untergebracht. Ende Juli dürften, abgesehen von dem allgemeinen Rückgang der Arbeitslosigkeit, allein durch die Maßnahmen des Göring-Pfanz insgesamt 30 000 Volksgenossen dem Heer der Arbeitslosen entziffen sein.

### Silse für die bayerische Ostmark.

Die im Rahmen der Osthilfe für die bayerische Ostmark getroffenen Maßnahmen sind im wesentlichen abgeschlossen. Im Entschuldigungsverfahren konnten rund 5500 Bauern und Landwirte entschuldigt werden. Ihnen wurden Entschuldigungsypotheken in einem Gesamtbetrag von rund 21 Millionen RM. bewilligt, von denen bis zum 1. Juni 1934 fast 16 Millionen RM. ausgezahlt worden sind. Die noch ausstehenden 5 Millionen RM. kommen laufend zur Auszahlung, sobald die geforderten Grundbuchlichen Maßnahmen durchgeführt sind.

Über die Entschuldigung hinaus wird in enger Zusammenarbeit mit der bayerischen Staatsregierung und der Neubildung deutschen der Osthilfehilfe Minder- und Bauern zum im Ostreich an Wald in Angriff genommen. Auf den vorhandenen größeren Gütern werden annähernd 300 000 Morgen landwirtschaftlich nutzbarer Fläche mit erheblichen Waldzulagen zur Vergrößerung lebensunfähiger Kleinbetriebe und zur Bildung neuer Bauernhöfe verwendet werden. Der Umfang dieser Silse verdient bei besondere Beachtung, weil die landwirtschenden Betriebe in ihrer landwirtschaftlichen Wirtschafte selbst kaum größer als Erträge sind und weil die Inhaber dieser Betriebe vorübernehmlich in klarer Erkenntnis der von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen fast durchweg mehr als die Hälfte ihres Besitzes zur Neubildung deutschen Bauerns zum zur Verfügung gestellt haben.

Schließlich ist im Zuge der landwirtschaftlichen Osthilfemaßnahmen dafür Sorge getragen worden, daß auch die in der früher weitberühmten Glasindustrie des Bayerischen Waldes beschäftigten Menschen, die in den letzten Jahren arbeitslos geworden waren und bittere Not litten, wieder in Brot und Lohn kommen. So wird noch in dieser Sommer auf dem im Zuge des Osthilfeentschuldigungsverfahrens an den bayerischen Staat verkauften Waldbesitzes Wachsen eine Holzverwertungsindustrie geschaffen werden, die nicht nur 500 Menschen in der Fabrik selbst beschäftigen wird, sondern die auch den großen Holzmarkt des Bayerischen Waldes in Anspruch nehmen, damit den Waldbesitzern Abzugsmöglichkeiten eröffnen und der Bevölkerung Arbeit geben wird.

## Ferdinand Gregorovius.

Zu den vielen Ostpreußen, deren Bedeutung weit über Provinz und Vaterland hinausreicht, gehört auch Ferdinand Gregorovius, der am 19. Januar 1821 in Reidenburg als Sohn eines Kreisrichters geboren wurde. Gregorovius besog der Schule entwachsen und nach bestandener Kreisprüfung am Gymnasium zu Gumbinnen, die Albertus-Universität zu Königsberg, an der er Theologie studierte. Daneben beschäftigte er sich mit Geschichte, Philosophie und Literatur. Seine Professoren sahen in ihm eine Zierde der Albertina und er bestand die Prüfung pro lic. cum. — Auszeichnung. Der junge Dr. phil., der 1843 mit einer als „Jeltes freischül.“ freier Arbeit promoviert hatte, war zum Dr. phil. ernannt. Im Jahre 1844/45 eine Privatdozent der Schuln, entlagte aber dann dem Lehrberuf, um ganz in seiner Tätigkeit als Schriftsteller und Geschichtsforscher aufzugehen.

Schon früh auch er erhebliche Proben seines poetischen Talents in einigen Romanen und Gedichten, auch war er Mitarbeiter an der „Königsberger Rezen Zeitung“. Zu ungehinderter Entfaltung sollten jedoch seine Fähigkeiten kommen, als er im Jahre 1852, den letzten Reben des Nordens“ entflohen, um Rom, die Stadt seiner Sehnsucht, zu seiner zweiten Heimat zu machen. 28 Jahre lebte er dort und besahnte sich von dort aus, wie kein Strand Dr. Ferdinand Salikon schrieb, „sein Vaterland mit mentalen Werken“. Als Dichter gab er eine u. a. Überführung der Nacht der Silvanus Giovanni. „Meli, eine Tragödie, „Sod des Libervius“ und als lehrer vollendet die didaktische Leistung das „Spos, „Suphorion“. Ein Meister aber ward er in der durch ihn geschlossenen Gattung geschichtlicher Pamphletmalerei, jahrelangen Aufsätzen, die als „Wanderjahre in Italien“ in fünf Bänden zusammengefaßt wurden. Sie entzünden aus dem Reiz, die Eindrücke seiner Wanderungen schriftlich niederzulegen und waren der andernwärts Aufstakt zu seiner großen Lebensaufgabe. Er wurde von dem kühnen Gedanken ergriffen, die Geschichte der einzigen Stadt zu schreiben, die seinen Namen in den Kreis der Hilariker von Weltweit rückt. Acht Bände füllt die „Geschichte Roms

### „Samländischer Küstenbain.“

Die Samländische Steilküste von Dillau bis Cranj ist unter der Bezeichnung „Samländischer Küstenbain“ zum Refugiumgebiet erklärt worden. Das Schutgebiet umfaßt die Steilküste von Dillau über Palmniken, Brühlrodt, Groß-Kubren, Georgenswalde, Raushen, Raubkubren, Altinkens bis Cranj, anschließend Ralsbun und Warend, sowie die anschließenden Schluchten und Auen an die Steilküste anschließenden, von der oberen Steilküste abgetrennt, etwa 100 Meter breiten Geländestreifen landwirtschaftlich, sowie eine größere Anzahl anschließender Waldflächen. Die Waldbestände sind innerhalb des Schutgebietes in ihrem bisherigen Umfang zu erhalten. Die genauen Grenzen des Gebietes sind auf einer Karte eingetragen, die u. a. auch bei allen beteiligten Amtsvorstehern und Gemeindeführern zur öffentlichen Einsichtnahme ausliegt.

### Die Führer der Schlesien SA.

Standortsführer Meth-Oppeln ist mit der Führung der SA-Gruppenführerstelle Oberbesitzung beauftragt worden. Standortsführer Meth ist 1893 in Gleiwitz geboren. Am Weltkrieg nahm er am Anfang an teil, fei 1916 war er bei einer Mägenoffizier. Nach Abbruch des Krieges trat er dem Grenzschutz bei und dessen Aufgabe bei der Grenzpolizei. Nach einem Auscheiden aus dem Staatsdienst übernahm er 1930 die Führung der Standarte 22 der SA. Am 31. März 1933 wurde er in Oppeln als Polizeidirektor eingeführt und batte bis jetzt dieses Amt inne.

Mit der Führung der SA-Gruppe 8 Schlesien wurde Gruppenführer Herzog betraut. Er war zuletzt als Gaugangratonsleiter Westf-Gems und Gruppenführer i. b. V. in Oldenburg tätig. Gruppenführer Herzog ist 1900 zu Zeiskam (Nebenplatz) geboren. Juni 1917 ging er freiwillig zur Offizierschule nach Jüterbock, die er bis zum April 1919 besuchte. Vom 1. Mai 1919 bis zum 31. Dezember 1923 fand er in Schützenregiment 41 bei der Wehrmacht in Münden. Bei den Aufständen in Münden 1919 wurde er schwer verwundet. Von 1924 bis 1929 war er beruflich als Kaufmannslehrling in Stadt Oldenburg und in Barel in Oldenburg tätig. Seit Mai 1931 gehörte er dem Oldenburgischen Landtag an und war Fraktionsführer der NSDAP. Außerdem war er Verleger und Herausgeber der ersten nationalsozialistischen Zeitung Oldenburgs, der „Oldenburger Staatszeitung“.

### Ein Emigrant an der Universität Rauen.

Wie eine Romaner Zeitung berichtet, hat der ehemalige deutsche Reichsadjutant Professor Raddach, ein politischer Emigrant, mit der Rauerer Universität einen Vertrag abgeschlossen, nach dem er zu Beginn des diesjährigen Herbstsemesters an der Universität in der neu eingerichteten Abteilung für merralländisches Recht ein Jahr hindurch Vorlesungen über das deutsche Strafrecht halten wird.

im Mittelalter, eine hervorragende Gesamtleistung eines Unjüngling, ein, wie Vernehm sagte, Mutter fremd wissenschaftlicher und schließlich ansehender Denker. Ein Schwanenbild der mittelalterlichen Roma. Ehrungen der Preussischen Regierung und der Bayerischen Akademie der Wissenschaften blieben nicht aus. Zwar setzte der Papst das Werk auf den Index, aber die höchste Ehrung sollte bald folgen. 1876 verlieh der römische Gemeinderat den Ostpreußen als dem ersten Deutschen und Protestanten den Titel „S. S. S. Romanus“, eine Anerkennung, die das geistige Band, das sich zwischen zwei Kulturkreisen spannte, symbolisierte.

Das Angebot einer Professur durch Maximilian II. von Bayern lehnte Gregorovius ab. Er zog aber 1880 nach München, wo er als Schriftsteller nach eine gute geistliche Werke und Verbindungen schuf. Am 1. Mai 1891 trat er. Seine Arbeit wurde zuerst aufnahm auf dem Gite seines Freundes, des Grafen Werthern zu Weidlingen und später nach seiner Vaterland Reidenburg überführt, wo sie im Denkmal seines Vaters, der sich um die Wiederherstellung der Reidenburg große Verdienste erworben, ihren Ruheplatz fand. Eine Gedenktafel in seiner Vaterland, der er übrigens sein Vermögen vermacht, weiß auf das Haus, in dem er lebte. Am Kapitolinischen Museum zu Rom befindet sich seine Grabstätte in dem Rume, in dem die Bildwerke der um Italien und Rom Verdienste aufgestellt sind. Gregorovius ist in Königsberg nicht nur der frische Student der Albertina gewesen, auch als echter Besuch bewies er sich als Angehöriger und erster Charakter des Corps Malowia. Seine Zeitgenossen schilderten ihn als treue innige Natur, eine schlanke stattliche Gestalt von würdiger und zugleich unmutig bonogener Haltung, der Kopf nämlich ausdruckslos, mit hoher offener Stirn und lebhaft blinkenden dunklen Augen. Der Grundton der Gize ernst, aber rasch aufgehellt durch das Spiel der Phantasie und in der Unterhaltung ein gebackenerer Lust, ein reifer und voller Klang, der reiche Geisteskräfte und ein reiches Talent verkündete.

Dr. Hans Rippold.

# Polen und die Tschechi.

Zeit einem Wesen in der polnisch-tschechische Streit mit der Behauptung der Polen in Fabriks- und Industriegebiet nieder aufgelegt. Die polnischen Organisationen in der Tschechi traten einmütig mit Beldormen hervor, und die polnische Presse griff diese Klagen auf und erneuerte ihre Angriffe gegen die Ausrottungspolitik der Prager Regierung. Lautende von polnischen Arbeitern, heißt es, seien von der tschechischen Industrie schon entlassen worden, und die kulturelle Entwicklungsfreiheit der polnischen Volksgenossen werde mit allen Mitteln gehemmt. Vor kurzem belagte sich der tschechisch-polnische Konflikt in der Tschechi mit großer Energie. Er glaubte, den Konflikt in eine lokale Streitigkeit abzumildern zu können, die nicht mäßig genug sei, um die Beziehungen zwischen Warschau und Prag ernstlich trüben zu können. Auch die Pressekompanie von der einen und von anderer Seite, meinte er, müsse mehr als ein „Symptom der Situation“, denn als tatsächlicher Kampf der öffentlichen Meinungen und der Regierungen der beiden Länder angesehen werden. Die direkten Streitfragen seien von so geringer Tragweite, daß sie — nach Benschls Meinung — bei einigen guten Willen und gegenseitiger Aufrichtigkeit leicht aus der Welt geschafft werden könnten. Da beide Regierungen nun aber von sich behaupten, guten Willens und aufrichtiger Gesinnung zu sein, müßten doch wohl tiefer liegende und schwerer zu beseitigende Gegenstände zwischen Polen und der Tschechi bestehen. Benschl selbst deutet sie an, fügt freilich hinzu, daß sie nicht grundsätzlicher Art seien, sondern sich im wesentlichen aus der gegenwärtigen politischen Gemoltege ergebten.

„Die wirkliche Schwierigkeit für die endgültige Regelung unseres Verhältnisses zu Polen“, führte Benschl am 2. Juli vor den vereinigten Kammern der tschechischen Nationalversammlung aus, „liegt meiner Meinung nach in der einfachen Tatsache, daß die heutigen Ansichten über einige wesentliche Fragen der europäischen Politik bei den beiden Regierungen nicht identisch sind... Ich will nur“, fuhr er fort, „ein kleines Beispiel anführen: Sowie ich weiß, stimmen die Ansichten z. B. über die kleine Entente und die mitteleuropäischen Fragen, d. h. über unsere vormaligen Streit, nicht überein. Daraus folgt notwendig, daß ein verbindliches Verabreden zwischen den beiden Staaten“ Benschl hat ganz recht. Warßchau an sich über die ange deuteten Fragen, um die sich die ganze tschechische Politik dreht, wesentlich anderer Ansicht als Prag. Aber das ist nicht erst seit heute und gestern der Fall. Sondern der Gegensatz der Ansichten besteht, seitdem die beiden Staaten bestehen; er ist seit dem Beginn der deutsch-polnischen Annäherung, durch die Polen eine größere Bewegungsfreiheit in den mitteleuropäischen Angelegenheiten erhielt, nur offener und akuter geworden. Wie auch Benschl hat mit einem Witzel an der kleinen Entente selbst, auf deren Bestand sich ihre politische

Stellung in Vornahme gründen und durch die sie sich einem großen wirtschaftlichen Fortschritt im Südosten zu verschaffen versteht. Gerade diese politische und wirtschaftliche Verankerung der Tschechi im Südosten aber ist es, die Polen nicht ohne Widerpruch hinwegnehmen kann, da sie seine eigenen Interessen durchkreuzt. Die kleine Entente ist gegen Ungarn gerichtet. Gerade mit Ungarn aber will Polen in betont freundschaftlichen Beziehungen stehen, und es ist u. U. sogar bereit, um dieser Freundschaft willen die ungarischen Reklamationen, soweit sie sich auf die Slowakei und Karpatenorthostand rufen, zu unterstützen. Prag ist ein entzweielter Gegenstand zwischen Österreich und Polen, zwischen Wien und Warschau. Keine Notwendigkeit, einen Zusammenstoß der beiden deutschen Staaten unter allen Umständen abzuwenden gegenüberzuhaben. Benschl ist der unentgeltliche Vertreter der französischen Blockade, deren letzte Weisheit es ist, alles beim alten zu lassen. Doch aber hat es sich längst abgemacht, alles, was f. Jt. in Paris diktiert wurde, für genial und unumstößlich zu halten. Die Tschechi schwört auf den Völkerbund und baut ihre Politik auf ihm auf. Benschl misstraut der Fähigkeit dieser Einrichtung, wirkliche Konflikte zwischen den Völkern und Staaten zu lösen. Prag fühlt sich glücklich Frankreichs zu sein zu können. Warschau fühlt den Druck zu eigenen Lasten. Dabei ist ihm der tschechische Radikal im Wege. Das kommt manchmal deutlicher, manchmal weniger deutlich zum Ausdruck. Die Gegensätze zwischen Polen und der Tschechi sind grundsätzlicher Natur, sowohl was die Ziele der beiden Staaten, wie was die Methoden, die sie anzuwenden, anlangt. Gegenüber diesen Gegensätzen in europäischen Fragen ist der Streit um die polnische Nationalität im tschechischen Gebiet vollständig merklich nur ein „lokaler“ Konflikt. Aber er erhält durch die größeren Gegensätze, die zwischen Warschau und Prag bestehen, eine Bedeutung, die ihn über die Sphäre des Lokalen einmal hinausheben kann.

Warschau hat auf die Erklärungen Benschls vom 2. Juli sehr unzufrieden reagiert. Die von Benschl zugegebene Gegenfälligkeit in den Fragen der großen Politik wird in Warschau beklagt. „Nur sei es keineswegs die Schuld der polnischen Regierung, daß diese Gegenfälligkeit bisher mit aus dem Wege geräumt werden konnte“, heißt es in Warschau. Benschl hat sich nicht dazu hergelassen, die Gegenfälle zu vertiefen. Statt mit der Tatsache zu rechnen, daß ein 33-Millionen-Volk sich nicht auf die Dauer mit einer zweiten Völle in Europa begnügen werde, habe Benschl seine Politik darauf abgestellt, Polen dauernd in der Rolle eines Kleinstaates zu halten. Einen ethischen Ausgleich mit Polen habe Benschl nie angestrebt, sondern habe versucht, Polen gegenüber durch die Bildung der kleinen Entente ein künstliches Gleichgewicht zu schaffen. „Ich halte es für sehr bedauerlich“, fügt er hinzu, „daß Benschl Anspruch auf die Rolle einer Großmacht erhebt. Nur so sei eine Verständigung möglich.“

# Das Apthagenhaus zu Danzig.

Nicht, daß Johann Lehmanns Baumeister etwas durchaus Geniales für seinen Auftragneher geschaffen hätte: „Wie will, mag dieses und jenes mit gutem Recht tadeln, ganz sicher: das freilich unvorgerechnete Mißverhältnis zwischen Größe und Größe, die wie bei Goethes Haus am Weimarer Frauenplan allzu reichlich bemessene Treppe, den nicht immer überlegten Einfall des Vintres. Das aber ist belanglos, an dem zulänglichen Eindruck des Ganzen gemessen: Hier ist das achtzehnte Jahrhundert zu einer Weise festgehalten, wie man kaum noch denkt.“ Nicht das ist das Besondere, was bei Goethes Haus nicht das eines gewöhnlichen Mannes; was hier spricht ist die Welt eines qualifizierten Kaufmanns mit Namen Apthagen, der anno 1776 in das von ihm gestiftete Haus einzieht.

Alles ist von bestem Geschmack, behaglich und gediegen. Es mangelt weder an Raum noch an Möbeln, an Schmuck und Gerätschaft; auch ein Musikzimmer ist da und ein kleiner, intimer Eßraum. Der Hof reicht völlig aus, einen Pflanzgarten unterzubringen und beim Spaziergange die überflüssigen Dinge nach draußen zu stellen, abends ein Wandbrunnen plaudernd zu verweilen oder in des Hausherrn Gehörtstube ein Quartett zu haben, auch Sonntags nach dem Gottesdienst in St. Marien die Kuttende hinaus zu lassen. Nichts fehlt, alles reicht aus und genügt. Das Haus ist wie die Zeit, schlicht, gediegen, ein wenig nüchtern und lehrsam, aber mit dem Willen zum Geist und zur Form.

1776. Das heißt: ein Jahr vorher war Goethe nach Weimar gezogen, in den ersten Apriltagen hatte ich den, in Jämi Klinger aufgeführt: Die war mit seinem „Deutschen Museum“, der besten Zeitschrift jener Tage, ans Licht getreten; „Müßers, des Göttinger Haingenossen, Inwärmers des Vieh-Kolleralienkassiers, Sigmund“ Jung an, von Hand zu Hand zu gehen, „Blut hat seine eine „Killer“ jedoch nicht abgetrieben, und der junge Schiller nicht das was ein „Kaiser“ Resarat reichte die jungen Schmeigler; hatte Becke Janke immer höherer das Ohr der Nation, und die deutsche Philosophie lehrte die Sündensünde einer neuen Welt. Oder — in Danziger Sprache geredet: Chodowicki erkreute, nur nach einmal in Lubow Richter wiederkehrte, gleichmäßig Arbeit und Ungehil mit der belag-

lichen Raume seines Stübchels, Georg Forster sah hinter den Korrekturabgaben seiner 1777 erscheinenden Weltreise, und in den engen Gassen tummelte sich der achtjährige Johannes Falk, dessen unvorstellbare Satire „Die Helzen“ kaum den späteren Weimarer Philanthropen anheim ließ, der seinen Kreis besaß, daß es nicht eine höhere Aufgabe gab als die eigene Seele immer vollkommener auszuräumen und des Fäulnis Fort getrost dabei zu verfallen. Auch des großen Schopenhauers Mutter war schon geboren, und in den Schopenhauer des Jahres 1776 sah ich das erste Mal das Kind zum Preis des tschechischen Cadez aus der gepulverten Exkorsivellierde von Jakob Weibgass Wittig und Ephraim Dirk Hecker zu Danzig, deren treffliches Getränk Pflanzung und Kleist keineswegs in ihren Werken anzuzeigen vorgelassen.

Johann's Apthagen hat zum mindesten davon genufft und sieht auch einmal einen Blick in die belebenden Papphagen-Gewässer, die die Fühnbänder zur gereinigten Inland in sein wohlhabendes Haus schicken. Aber das ist so wesentlich nicht. Entsetzlich ist, daß alles zu leben beginnt, mit tausend Jungen reist, sobald der Meilingskopier der herrlichen Kur zum geräumigen Saal fällt. Ein Jahrzehnt über vollschmecker geistiger und wirtschaftlicher Beispiele ist es am 1. Oktober 1776, und das ist nicht nur die Zeit der ästhetischen Erlebens, Verstandes und Vergebens, die Großheit gibt herrliche Kalktrakt, ihrem Goethe damals Pflanzung, und so ist es nun denn dieser köstliche Feibelich Danzigs mehr als ein Ort für den vornehmsten Tokokogranie, in dem es von Mozartnoten und Abraham Peter Sulzkes Göttingerleitenen Schall, sondern ein Quell der Kraft und ein dem festher Zuversicht, der besten Schicksal zu meistern wie jener königliche Kaufmann, dessen Haus die kleine Sande bereit vortrat, die da magen und wollen, die da leben, um zu bestehen. Erreich kommen und gehen, Schicksal, was man zum Leben auf und werden. Aber der Geist ist nicht abgelehnt geworden, und es liegt an uns, sein Leben dinglich zu machen. Das Leben, das drängen hinter das hohen fäulnis Jenseits flüht, ist das Leben wie das der Räume: es ist unsere Aufgabe, die Brücke über den Strom zu bauen und den Weg nutz zu machen.

## Die Prager Deutsche Universität.

Die altberühmte „Alma mater Pragensis“, die als deutsche Kurie des Stürmers von Jahrhunderten getrost hat, ist durch die jüngsten Ereignisse und Verschlingungen der tschechoslowakischen Agitation immer noch ernsthaft in Gefahr, ihrer Selbstständigkeit beraubt zu werden.

Die Prager Universität ist eine Gründung des Luxemburgers Karls IV., der deutscher Kaiser und böhmischer König zugleich, Böhmen zum „Heilrich Germaniens“ gemacht hatte. Als „Romanorum rex semper Augustus et Bohemae rex“ hatte er nach dem Tode der Babenburger einen Stiefsohn für ein „studium generale“ am 7. April 1348 ausgerufen, das zur Universität für den Deutschen Reiches werden sollte. Seine väterliche Erde in Böhmen, die ihn in der Geschichte zum „Vater Böhmens und Erzhilfsohn des Deutschen Reiches“ werden ließ, und der deutsche Charakter des damaligen Prag waren bestimmend dafür, daß Prag der Sitz der ersten deutschen Universität wurde. Er wollte Böhmen damit vor anderen Ländern auszeichnen.

Nach dem Tode der anderen Universitäten waren auch in Prag Lehrer und Schüler in „Nationen“ eingeteilt, worunter man Völkermannschaften oder geographische Gruppen von Vorkommnissen verstand, und was hieß in hier „Boharen“, „Schlesier“, „Polen“. Eigentlich waren die Oberhäupter und „Böhmen“. Diese Beziehungen haben bestanden den deutschen Charakter der Prager Universität. Aus allen deutschen Gauen, aber auch aus fremden Staaten strömten Lehrer und Studierende nach Prag. Die Universität nahm einen glänzenden Aufschwung und die „Stadt Prag wurde dann vieler Schule bekannt und berücht in fremden Ländern“, wie ein alter Prager Chronist zu berichten weiß. Viele Aufmerksamkeiten wurde durch das sogenannte Kuttendurger Edikt, vom 18. Januar 1409 für unterbrochen. Damaus wirkte an der Prager Universität der tschechische Magister und Prediger Johann Hus, der ein eifriger Verbreiter der Lehren Biskops war. Der Forderung des Königs Wenzel IV., welcher der deutschen Kaiserkrone verfallig erklärt worden war und deshalb einen Groll gegen das Deutschland hegte, sich in der päpstlichen Obhut; Frage neutral zu erklären, widersetzten sich die Böhmen, Sachsen und „Polen“ und der König fand nur bei der böhmischen Nation Zustimmung. Als alle Einigungsversuchungen ergebnislos verliefen, sah Hus seinen großen Augenblick gekommen, den deutschen Einfluß auf der Universität auszuwischen.

Sie feierte Wenzel als den „großen König des tschechischen Volkes“, das gebarfam seinen Wünschen folge. Die Deutschen seien der Gnade des Königs nicht würdig, wie ihr Verhalten auf der Universität zeige. Es wäre nur recht und billig, wenn der König in Hinblick auf den Tscheken drei und dem Deutschen nur eine Stimme in allen Universitätsfragen einräumen würde. Und der König tat es. In der Begründung aber, die Hus selbst dem König vorgelegt hat, heißt es, daß die Universität für Böhmen gegründet habe. Die Universität aber hier „des Reiches der Simonbartschaft antieilfertig“ seien und nur die böhmische Nation die rechtmäßige Erbin des „Kaiserreiches“ sei. Alle Versuche, den König zur Zurücknahme dieses Dekretes zu bewegen, scheiterten; darauf verließen die deutschen Lehrer und Schüler noch im gleichen Jahre die Prager Universität, folgten zum größten Teil der Einladung des tschechischen Kurfürsten, der ihnen eine neue Universität in Leipzig gründete, aber nur die böhmische Nation, die tschechische, blieb zurück. Die Prager Prager andere Institutionen geschädigte, durch die tschechische und eine erste deutsche Universität war durch eine Geschichtsfälschung und eine

Rechtsbeugung ihres deutschen Charakters entkleidet worden. Damit war aber auch ihr Bestand bedroht.

Aber auch in der Folgezeit nach dem Wahren der Nullstunde deutsche Kultur- und Geistesarbeit dem Lande und seiner Bevölkerung durch unüorgänglichen Stempel aufdrückte, so wurde auch das „Carolinum“ das historische Prager Universitätsgebäude, wieder eine „Pflanzstätte deutscher Wissenschaft und deutscher Forschungsarbeit. Deutsche Gelehrte hatten bald den alten Ruf der „Alma mater Pragensis“ wiederhergestellt.

Nach mehr als 400 Jahren meldeten die Tscheken von neuem ihren alleinigen Anspruch auf das „Carolinum“ an. Als die Wogen des deutsch-tschechischen Nationalitätskampfes in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hoch aufbrachten, da teilte die österreichische Regierung 1882 die Universität in eine deutsche und in eine tschechische und erklärte beide als Rechtsnachfolgerinnen der Stiftung Karls IV. Das historische „Carolinum“ aber wurde der gemeinsamen Verwaltung unterstellt. Zum zweitenmal wurde im Strudel politischer Verhältnisse der Sinn der Stiftung Karls IV. umgefäßt...

Die tschechische „Revolutionäre Nationalversammlung“ sprach dann am 19. Februar 1920 der deutschen Universität das Recht ab, sich als Nachfolgerin der Stiftung Karls IV. zu bezeichnen und den Namen Karlsuniversität zu führen, und billigte dieses Recht gleichzeitig nur der tschechischen Universität zu. Ferner wurde die tschechischen Nationalversammlung an die deutsche Universität übertragen, was schließlich geschehen und die an die tschechische über alle Tugenden geleistet. Das Gesetz sprach der deutschen Universität auch die Eigentumsrechte an den historischen „Carolinum“ ab. Die tschechische Regierung und die bisherigen Rektoren der tschechischen Universität verhielten sich klug; sie ließen sich die vollste Durchführung dieses Gesetzes.

Kürzlich ließ nun unvorsichtig der Rektor der tschechischen Universität, Professor Dr. Karl Domin, unter Berufung auf das Universitätsgesetz von 1920 beim Prager Grundbuchamt die Eintragung des Alleineigentumsrechtes der tschechischen Universität an dem historischen „Carolinum“ vorzunehmen, das selbst 1882 den beiden Universitäten zur gemeinsamen Verwaltung übergeben war. Damit war die deutsche Universität durch einen Fordertrieb ihres historischen Eigentums beraubt. Um die Demütigung der deutschen Universität fortzusetzen, beugte sich der tschechische Rektor nicht nur mit der Antobulierung, sondern suchte auch seine ererbtenen Hausbesitzrechte auszuüben. Es gelang ihm beim tschechischen Arbeitsminister Dr. Měšner, einen Sozialdemokraten, durchzusetzen, daß die Verwaltung des Carolinums, die bisher mit dem tschechischen Reichsanwalt dem Bevam der Landesbehörde oblag, unmittelbar dem tschechischen Rektor überantwortet wurde.

Wegen diese Demütigung und Erniedrigung erhoben der Akademische Senat und die gesamte deutsche Universität erfolgreichen Einspruch. „Was auch gefolchen mag“, erklärte der unerschrockene Führer der Universität in diesem Rechtskampf, Professor Dr. San Nicolo. „Die historische Tradition und ihren deutschen Charakter kann der Universität, so lange sie bestehen wird, niemand nehmen und in diesem Bewußtsein und in dem tiefen Gefühl, daß das gesamte tschechische Volk hinter uns steht und stehen muß, wollen wir den, was auch kommen mag, frei ins Auge sehen.“

Dr. Vicerbl.

## Deutsche im polnischen Geistesleben.

Von polnischer Seite wird immer wieder darüber Klage geführt, daß man sich in Deutschland kaum mit der polnischen Kunst und Literatur befäßigt. Diesem Vorwurfe hat bekannt seien und gebührend genügt werden. Daran ist viel Wahres, und ist es zu wünschen, daß man sich im Deutschen Reich dem polnischen Geistesleben mit größerer Aufmerksamkeit zuwenden als bisher. Wer sich mit der Geschichte des polnischen Geisteslebens befäßigt, der wird mit wachsendem Staunen erkennen, daß das deutsche Geistesleben sehr starken Einfluß auf polnische Dinge ausgeübt hat, und daß vor allem zahlreiche geistliche führende Persönlichkeiten Polens von deutschen Eltern abstammen.

Als einer der größten Philosophen in Polen gilt Joseph Hoene-Waskowi, der von 1772 bis 1835 lebte. Er war ein Sohn deutscher Eltern, die aus Böhmen nach Polen ausgewandert sind und seit ihres Lebens deutsch sprachen. Der Philosoph, der in polnischen Werken „Polens größter Denker“ genannt wird, legte sich der Heimanen Wronki erst als Erwohnter zu; er war in Königsberg einer der begabtesten Schüler von Immanuel Kant.

Joseph Elsner, den polnische Gelehrte als den Schöpfer der polnischen Musik bezeichnen, wurde in Grottkow in Schlesien geboren. Erst als Hoene-Waskowi lernte er, am 1793, die polnische Sprache. Durch Hoene-Waskowi wurde er dann Operndirektor in Warschau und Polens gefeiertster Komponist. Auch der Autor der polnischen Volkskunde, Feliks Oskar Kolberd, und der berühmte Gartenbaumeister Johann

Christian Schuch (1772 bis 1813), der u. a. den wundervollen Czajnik-Park Warschau geschaffen hat, entstammten deutschen Familien.

In die Reihe gehört ferner der in Thorn geborene Samuel Gottlob Lindner, der das im Jahre 1807 erscheinende erste polnische Wörterbuch und damit zugleich das erste große Wörterbuch in Europa herausgab, in dem die vergleichende Methode erfolgreich angewandt wurde. Einer der gegenwärtig führenden polnischen Literaturwissenschaftler sagt von diesem Wörterbuch, dessen Schöpfer er ausdrücklich als Deutschen bezeichnet: „125 Jahre hind Vergangenheit und der Wert dieses historischen Wörterbuches ist immer noch unermindert.“

Diese Reihe könnte noch weiter fortgesetzt werden. Es sei nur daran erinnert, daß der berühmte Historiograf in Krakau von dem Deutschen Feliks Szybski geschrieben wurde, daß seit Jahrhunderten die Werke polnischer Dichter von deutschen Druckern und Verlegern herausgebracht wurden, und daß der russische Aufschwung Lodz zur großen Industriestadt vor allem dem Deutschen Karl Scheibler zu danken ist. Unorgessen ist schließlich der Schiefer Bernhard von Dittmich, der zu Beginn des 16. Jahrhunderts eine großartige Schenckorganisation zur Abwehr der in Polen eindringenden Tataren schuf.

Wieviel deutsches Geistesgut beim Aufbau fremder Kulturen mitgewirkt hat, das ist leider viel zu wenig bekannt. Schon deswegen verdient die Arbeit des Deutschen Auslands-Instituts, in einer groß angelegten Reihe vom 8. bis 16. September in Stuttgart das deutsche Kulturleben jenseits der Grenzen des Reiches darzustellen, die größte Beachtung.

## Die Wisente im Pfleffer Forst.

In der Schorfheide wurde kürzlich ein 240 Morgen großes Naturdenkmal erschaffen, das im nördlichen Teil des Forsts der Wisente dienen, außerdem aber auch Rot- und Damwild, Elche, Wildschweine, Muffelstir, Auer- und Birkwild, Uhu und Adler beherbergen soll. Damit hat der Wisent, der nur noch in wenigen Exemplaren vorhanden ist, eine neue Heimstätte erhalten. Die größten Verbände, die sich um die Rettung dieses fast zum Aussterben verurteilten Wildes fürchteten, haben es um die Mitte des letzten Jahrhunderts über 1000 Stück. Von dort erhielt sich der Wisent im Jahre 1865 im Austausch gegen Rotwild vier junge Wisente, die sich unter sorgfältiger Hede bis zum Ende des Krieges auf mehr als 70 Stück vermehrten. Die Kriegsrotten hatten den Wisentbestand im Diablowieser Gebiet restlos vernichtet, und auch in den Pfleffer Forsten fiel der Bestand dem Raubwildmangel der polnischen Aufstände zum Opfer — bis auf drei Stück, zwei Stiere im mittleren Alter und ein 28 Jahre altes weibliches Tier. In dieses Tier ist die Stammvater der heutigen Wisente Forsten, die sich im nördlichen Teil des Pfleffer Forstes gemindert. In der Pfleffer Forst gibt es jetzt auch im Diablowieser Waldgebiet wieder vier Wisente, die aus einem Tierpark dorthin gebracht wurden. Im vergangenen Jahre hat die Pfleffer Wisenteherde zwei schwere Verluste gehabt. Im Kampf wurde ein junger Stier von seinem älteren Gegner so schwer verletzt, daß er auch durch eine schwermächtige Operation — die erste, die bisher an einem Wisent vorgenommen wurde — nicht mehr gerettet werden konnte. Einige Zeit später wurde auch der Sieger im Einzelkampf schwer auf dem Rücken im Waldgebüsch verletzt, so daß er, die ihn entzündete Wunde, zugrunde gegangen. Die Wisente leben in Polen unter besonders strengem Schutz. Der Abschluß eines Wisents ist seit 1922 jäh nur gegen vier Strecken gebracht worden — bedarf besonderer ministerieller Genehmigung. Andernfalls wird der Abschluß, selbst wenn er mit Erlaubnis des Jagdbefehrs erfolgt, mit einer Strafe von 5000 Zlotys belegt. Vor kurzem machten die Pfleffer Wisente von sich reden, als sie in Zusammenhang mit den polnischen Angriffen auf die Pflefferischen Unternehmungen von den Rottomier Sinangethörden — gefangen wurden.

## Der größte Pferdemarkt Europas.

Wohla in Ostpreußen ist seit 1732 die historische Stadt des größten deutschen Pferdemarktes. Ursprünglich den Reitbedürfnissen der ostpreussischen Pflanzung entwachsen, übte bald der Wehlaer Markt wegen seines edlen Pferdemarktes eine Anziehungskraft auf die Pferdeshändler ganz Europas aus. So sind auch in diesen Tagen nicht nur die Pferdeshändler aus allen deutschen Gauen zusammengekommen, sondern auch viele Ausländer, vor allem Polen, Litauer und Letten, auch Franzosen und sogar Amerikaner, die ostpreussische Pferde kaufen wollten. Der Pferdemarkt ist für die kaum 6000 Einwohner mächtige Stadt ein Ereignis ersten Ranges. Nicht nur der gemaltige Auftrieb an Pferden auf den „Schwanjiesen“, besonders die damit verbundene wirtschaftliche Belebung kommt den Bürgern sehr gelegen. Der Markt beginnt offiziell am ersten „Arbeits-Tag“ im „Juli“. So wie es die Tradition, „dies die ganzen Tage vorher werden die Pferde aller Bedarfsabteilungen herangeschafft. Der größte Teil hat einen Fußmarsch von über 100 Kilometern hinter sich. Die Fuhrstrassen aus den Pferdewaldgebieten sind vollgepflegt mit Pferden und Wagen.

Der Wehlaer Pferdemarkt hat an seine Organisatoren die höchsten Ansprüche. Rund 8000 Pferde müssen auf einer Fläche von etwa 3½ Morgen aufgestellt werden. In langen Reihen müssen sie die antiseptische Kontrolle passieren. Jedes Pferd wird vor Betreten des Marktes auf Seuchenfreiheit untersucht. Jeder Pferdeshändler auf den „Schwanjiesen“ führt eine Abgabe an die Stadt. Sichtlich eine ansehnliche Einnahmequelle für die Wehlaer Stadtverwaltung! Wenn es dann soweit ist, wenn eine unübersehbar Menge von Pferden den Platz bedeckt, dann liegt über dem Ganzen eine eigenartige Atmosphäre. In das Wehlaer Pferdemarkt mischen sich die Klänge einer überaus feinen Musikkapelle. Das Pfeifenklangen wird von den Rufen der Händler überhört. Das Geklapper drängt sich Zigeunerkol. Denn wo gibt es einen Pferdemarkt, auf dem die Zigeuner leben?

Der Absatz ist in diesem Jahr sehr befriedigend gewesen. Mehrere Hundert Waggonen mit Pferdemarktmaterial rollten in das Reich. Chirungen und Särge benötigten vor allen den ostpreussischen Reitblätter, für den Preise von 800 bis 1200 RM. gekauft wurden. Die Händler aus Danzberg bedrungen das Warenblatt. Hier wurden sogar ausprobierte Viehdiebstehle erpicht. 1400 bis 1500 RM. für ein ausgezeichnetes Warmblüter war keine Seltenheit. Größere Pferde waren für 200 bis 250 RM. zu haben, und die „Zigeunerkarner“ waren für einige Marktschweine feil. In unmittelbarer Nähe des Pferdemarktes haben Krämmer ihre Wuden aufgeschlagen. Hier herrscht ein Leben und Treiben nie auf einer süddeutschen Rimes. Pferdemarkt in Wohla ist für Ostpreußen stets ein Stück guter alter Tradition.

## Grenzmärkischer Tabak.

Der grenzmärkische Tabak hat auch seine Geschichte. In polnische 1815 muß der Tabakbau im Deutschen nicht ungenutzt gewesen sein. Aber erst Friedrich der Große den Reichsrecht in Weiz nahm, Job es mit der Tabakpflanzung in jenen Gegenden bereits trübe aus. Nur eine kleine Stadt, Gombin, trieb Tabakbau in beidem Umfang. Auf dem Ende wurde meist etwas oder wenig, „nur zum eigenen Bedarf“ gepflanzt. Die meisten Landwirte wollten die Tabakkultur des geringen „Profits“ wegen einstellen. Die einzige Gemeinde im Deutschen, die den Tabakbau mit Sorgfalt und Fleiß, wenn auch ebenfalls nur auf wenigen Morgen Fläche, pflegte, war Runkel. Ein Planzeu, der „Pflanzener“, der für seine Mühe 1½ Scheffel Roggen erhielt, führte die Pflanzung über die Tabakfelder. Die Ernte folgte aber nur 30 Kalen im Durchschnitt gebracht haben. In Süddeutschland sollen verkäufte Maßnamen der Warthauer Administration den Tabakbau unmöglich gemacht haben. Kunth, der Pfleger des Warthauer Manufakturkollegiums, fand nur etwas Weniges (an Tabak) bei Obornik.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts begann man bei Eichtriegel mit der Tabakpflanzung und Tabakverarbeitung, und in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts nahm der Tabakbau im Ostpreußen einen Aufschwung. Im Gneuzener und Bomster Kreis brachten die angebauten größeren Sorten einen ziemlich großen Nutzen. 2189 Morgen dienten 1825 der Tabakkultur, und davon erzielte man 5798 Zentner an getrockneten Blättern. Sech Jahre später war die Polener Anbaufläche schon auf 3141 Morgen, der Ertrag auf 18 000 Zentner gestiegen. 1891 waren in Polen 55,6 Hektar, 1895 53 Hektar, 1897 sogar 61,5 Hektar mit Tabak bepflanzt. Die Fläche sank dann 1903 auf 32,5 Hektar und 1911 auf 29,19 Hektar.

Dem Tabakbau bei Schmettau, W. dem man bald nach 1857 aufgenommen hatte, um das Geschäftsfeld der durch die Eröffnung der Ostbahn bedrohten Stadt anzurufen, war keine lange Dauer beschieden. Nur bei Gollmüs hielt er sich länger. Gollmüs (Kreis Schwärin a. W.), Roggen, Ruckten und Klafstam (heutere drei im Kreise Meseritz) gelten seit Jahren als die alten und höchsten Tabakgemeinden Polens. Der dort gebaute Tabak kam früher nach Prag, Schmeibus, Vandsberg und Schwärin a. W. und wurde dort in den Tabak- und Zigarrenfabriken verarbeitet. „5000 Morgen und Roggen-Einlage“, 1 Hektar lieferte im Durchschnitt 40 Zentner; für einen Zentner gab es in guten Jahren 35—40 M., in schlechten Jahren erheblich weniger, etwa 20—25 M.

1913 ist der Tabakbau in Gollmüs eingegangen, aus der Krieg mit seinem starken Tabakverbrauch konnte keine Wiederbelebung der Gollmüser Tabakkultur bewirkt. Geringe Werbung, großer Aufwand an Arbeitskraft und Arbeitszeit sind die Hauptgründe für das Ausbleiben der Tabakpflanzung. Ruckten und Klafstam sind, aus der Reihe der Tabakgemeinden ausgefallen. Im letzten Jahrzehnt haben auch sie die Tabakkultur aufgegeben. In Roggen waren 1925 etwa 25 Morgen von 35 Hektar mit Tabak bepflanzt. Die Erntemenge betrug 262 Zentner. Die Abnehmer und Verarbeiter des Rohabaks sitzen in Schwärin a. W. und Schmeibus. Auch in Roggen hat sich die Anbaufläche des Tabaks in den letzten Jahren verringert. Walther Hämpl.

## Ostdeutscher Marmor.

Deutschland verbraucht in normalen Wirtschaftsjahren jährlich etwa 22 000 Kubikmeter Marmor. Das sind 440 Eisenbahnwaggons zu je 15 Containern. Davon sind etwa 1200 Waggons in deutsche Marmorbrüche gewonnen. Im bayerischen Alpenland und in Franken, in Hellen-Kalbau und Weßfalen wird deutscher Marmor gewonnen. Auch der Osten weiß wertvolle Vorkommen auf. Die Marmor der Sankt Marien im Saale, der in der nördlichen und mittleren Umgebung von Hof und Braunau die Jöhara und auch hell- bis dunkelrote Seltene, die vielfach eine sehr schöne weiße Überzug aufweisen. Im Rathaus von Hannover, im Hoftheater von Stuttgart, im Justizgebäude zu Nürnberg und bei vielen anderen Bauten hat der Marmor der bayerischen Ostmark Verwendung gefunden. Auch Schlesien besitzt im Kreis Olmütz und im Sudetenland wertvolle Marmorvorkommen, die über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt und gefachrt sind. Es sind hellgraue und blauegraue Sorten von großer Härte und Weichheit. Sie werden für Denkmäler und Grabmalarbeiten bevorzugt. Im Sanktberger des Grafen Rur-Flüßchen und Strickfisch I. im Berliner Dom, der Sanktberger der letzten Kaiserin im Antiken Kessel zu Sanssouci und viele Kriegdenkmäler sind aus schlesischen Marmor gefertigt. In der Baukunst ist dieser Marmor z. B. als Wandverkleidung im Kurhaus Warmbrunn und im Flughafen Gleiwitz, und als Bodenbelag im Kunstinstitut-Museum Kopenhagen und an anderen hervorragenden Orten zur Verwendung gekommen. Deutschland ist nicht in der Lage, seinen Marmorbedarf völlig aus eigener Vorkommen zu decken. Aber es ist durch die Vielgestaltigkeit in Farbe, Härte und Weichheit in der Lage, die verschiedensten Anforderungen, die an den Marmor gestellt werden, zu befriedigen, zumal heute der Marmor längst aufgeführt hat, ein ausgeprägter Luxuswerkstoff zu sein, und nicht nur mehr für Bau- und Bildhauerarbeiten verwendet wird, sondern auch als Werkstoff für Schallplatten, hygienische Boden- und Wandverkleidungen, Büro- und Wohnmöbel und dergleichen dient.



